

# BürgerInnenbrief **Mitte**

15. November 2010



**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Nordbank +++ St. Pauli Music Hall +++ Shared Space +++ Sportstätten +++ Wohnungsnot +++ Marc Chagall

## Neues Personal? Alte Probleme!



Nonnenmacher geht? Frigge bleibt?

Die Trennung der HSH von ihrem Chef Dirk Jens Nonnenmacher ist politisch besiegelt. Selbst BILD fragt: »Millionenabfindung für Gierbanker Nonnenmacher?« Der Aufsichtsrat der Skandalbank prüft eine fristlose Kündigung des Managers. Falls ihm Verfehlungen nachweisbar seien, müsse eine Kündigung ausgesprochen werden. Gegen den noch amtierenden Bankchef wird wegen einer Reihe von Vorwürfen ermittelt – wegen umstrittener Finanzgeschäfte der HSH, die vorübergehend die Existenz der Bank bedrohten, und wegen der Spitzelaffäre(n), in denen mehrere Staatsanwaltschaften ermitteln. Dabei geht es um den Vorwurf, missliebigen Managern seien fingierte Beweismittel untergeschoben worden, um sie loszuwerden.

Nonnenmacher weist die Vorwürfe nach wie vor kategorisch zurück. Er habe sich nichts vorzuwerfen. Geprüft wird gleichwohl, ob eine fristlose Kündigung möglich sei. Dafür

müsste Nonnenmacher nachgewiesen werden, dass er persönlich in die diversen Affären bei der HSH verstrickt ist. Sollte dies nicht gelingen und damit eine Abfindung fällig werden, könnte sie sich auf drei Millionen Euro belaufen.

Die Trennung vom Vorstandsvorsitzenden Nonnenmacher ist überfällig und für den weiteren Sanierungsprozess der HSH Nordbank ein deutlicher Schritt nach vorne. Seit Monaten blockieren die Affären die Restrukturierung des angeschlagenen Finanzinstitutes. Nonnenmacher hat mit seinen Dementis nichts zur Aufklärung und damit nichts zur Konzentration auf das Bankgeschäft beigetragen. Die Verschleppung der personellen Neubesetzung hat auch zu einem spürbaren Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der Politik geführt.

Die HSH Nordbank steckt wie ein Großteil der so genannten Landesbanken in einem komplizierten Sanierungspro-

zess und ist auf das Vertrauen in Wirtschaft und Gesellschaft dringend angewiesen. Sollte die Trennung mit einer größeren Abfindung verbunden sein, wird dies erneut das bestehende Misstrauen in die Managervergütung fördern.

Das Debakel der HSH Nordbank ist durch die Finanzkrise und die Pleite der US-Bank Lehman ans Tageslicht gekommen, nicht verursacht worden. Der Grund war das Geschäftsmodell: Auch die HSH Nordbank investierte wie andere Landesbanken wegen ihres Renditedrucks gewaltige Summen in risikoreiche Wertpapiere und Geschäftsfelder. Und wie sieht das Zwischenergebnis der Sanierung nach sieben Monaten aus?

Der Konzernfehlbetrag im ersten Halbjahr 2010 beträgt 427 Mio. Euro. Auch das Handelsergebnis ist mit 378 Mio. Euro im Minus – nach einem Plus von 446 Mio. Euro per 30.6.2009. Der Zinsüberschuss beträgt 802 Mio. Euro nach 900 Mio. Euro ebenfalls per 30.6.2009. Das Finanzanlagenergebnis ist mit 114 Mio. Euro auch im roten Bereich. Und die Gesamtzinsenerträge betragen 7.824 Mio. Euro nach 12.045 Mio. Euro per 30.6.09. Diese Zahlen weisen Verschlechterungen in zentralen Geschäftsfeldern aus. Dies ist nicht verwunderlich: Die Wertpapiere haben sich etwas erholt, die Bereiche Shipping und Immobilien zeigen wenig Entspannung.

Angesichts der großen Probleme muss eine überzeugende personelle Lösung für die HSH Nordbank her. Sie hat ohne Zweifel von der allgemeinen Erholung der Konjunktur und der Wertpapierbörsen profitiert. Es haben im Kreditersatzgeschäft Wertaufholungen stattgefunden und insoweit können Wertberichtigungen aufgelöst werden; diese resultieren jedoch aus der Entwicklung der ökonomisch finanziellen Rahmenbedingungen und nicht aus der Umsteuerung der Bank. Die Bank hat noch kein neues überzeugendes Geschäftsmodell und bisher wenig zu erkennbaren Verbesserungen beigetragen, operative Bereiche der Kernbank sind nach wie vor defizitär. Nennenswertes Neugeschäft ist nicht vorhanden, Prolongationen und Erfüllung von Kreditzusagen bestimmen das Geschäft.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank, Hilmar Kopper, gibt der Politik die Schuld am zerrütteten Zustand

des Geldinstituts. Weil die Landesregierungen zu hohe Gewinnerwartungen an ihre Landesbank gehabt hätten, hätten die Banker hohe Risiken bei ihren Anlageentscheidungen akzeptiert. Bei seiner bis vor kurzem demonstrierten Vasallentreue zum Spitzenmanager muss sich allerdings auch Kopper die Frage gefallen lassen, wie groß sein Anteil an dem Fiasco ist und ob er nicht auch gehen sollte.

Die Beziehung zwischen Politik und Zockerbanken ist offenkundig komplizierter. Der Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge ist seit seiner Zeit als Unternehmensberater mit Kopper befreundet. Dieser hat die Unternehmen von Frigge mit Förderungen über Wasser gehalten. Frigge hat zudem den Miteigentümer der HSH Nordbank Flowers beraten. Mitten in der Finanzkrise berät die Firma, die der damalige Wirtschaftsstaatsrat mitgegründet hat und die ihm zum Teil gehört, den mit der Stadt um die Beteiligung streitenden Co-HSH-Eigner Flowers. Zu diesem Zeitpunkt stellt die Politik die entscheidenden Weichen für die milliardenteure Rettung des beinahe untergegangenen Instituts. Diese Beratung durch C4-Consulting, das Beratungsunternehmen, an dem Anteile zu halten, »nichts Verwerfliches« (O-Ton Frigge) sei, habe nichts mit der Nordbank zu tun gehabt. Das erzählt Frigge dem Bürgermeister Ahlhaus, der den Vorgang für so unerheblich hält, dass er darüber nicht einmal eine schriftliche Notiz anfertigt.

Ungemach droht Frigge auch bei einem Ermittlungsverfahren, das die Mainzer Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen des Verdachts der Beihilfe zur Untreue führt. Der Leitende Oberstaatsanwalt kann nicht erkennen, dass sich im Laufe der Ermittlungen der »Verdacht relativiert« hätte. Im Gegenteil: »Der Verdacht gegen Frigge hat sich verfestigt.« Zurzeit werten die Ermittler noch Material aus, das sie im Frühjahr beschlagnahmt haben. Unter anderem wurde auch die Hamburger Wohnung des Finanzsenators in Rotherbaum durchsucht. Demnächst dürfte der Beschuldigte Einsicht in die Ermittlungsakten erhalten.

Die Staatsanwaltschaft wirft Frigge vor, in seiner Zeit als Wahlkampfberater für den rheinland-pfälzischen CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Christoph Böhr tätig gewesen, aber aus der Fraktionskasse bezahlt worden zu sein

## joachimbischoff.de

Ab sofort erscheinen aktuelle Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite <http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Also lieber einmal mehr dort vorbeischaun!



– ein klarer Verstoß gegen die Richtlinien zur Parteienfinanzierung. Frigge betonte dagegen stets, ihm könne es »egal sein«, wer seine Rechnungen begleiche. Ist wegen vielleicht dieser Verbindungen der HSH Vorstandschef Nonnenmacher zu lange geschont worden?

Die Auswechslung von Personal ist dringlich überfällig – sie darf beim lange umstrittenen Vorstandsvorsitzenden nicht Halt machen. Die enormen Probleme der Bank allerdings und der Freien und Hansestadt Hamburg mit ihren Garantien und Kapitaleinschüssen sind dadurch nicht gelöst.

## Ein Schritt vor, zwei zurück

Die GAL, die AnwohnerInnen und der Streit um die »St. Pauli Music Hall«

von Markus Schneider-Johnen



Was wird aus dem ehemaligen real-Markt?

Seitdem im März 2009 die Pläne zur Neubebauung des Areals rund um die Alte Rindermarkthalle (bis Mai 2010 noch vom Vollsortimenter »real« genutzt) auf St. Pauli bekannt geworden waren, gibt es gegen die Vorhaben der Bezirkskoalition Mitte massiven Protest. Informationen zum geplanten Verfahren wurden von der Bezirksverwaltung monatelang zurückgehalten, bevor dann im März dieses Jahres SPD und GAL eine Machbarkeitsstudie für das Areal vorgelegt wurde, um auszuprobieren, was sie eigentlich noch alles mit den Menschen in den angrenzenden Stadtvierteln machen können.

Die Auftraggeber mussten zu dem Ergebnis kommen: Der Widerstand ebbt nicht ab und ihre detaillierten Vorgaben für den Pseudo-Beteiligungsprozess werden rundweg abgelehnt. Einzig und allein die Wiederherstellung der Nahversorgung, die nun schon fast seit einem halben Jahr nicht mehr gewährleistet ist, wird auch von der Bevölkerung gefordert. Eine Konzerthalle für 4.000 Menschen, eine Shopping-Mall, noch mehr Bürobauten, wo doch schon 1,2 Millionen Quadratmeter Bürofläche in der Stadt leer stehen, weitere Gastronomiebetriebe – all das stößt auf entschiedenen Widerspruch in den umliegenden Vierteln.

Schließlich ist die Belastungsgrenze zwischen Schulterblatt und Reeperbahn längst überschritten, und mit den genannten »Bausteinen« würden zwischen Schanze und Kiez die Men-

schenströme und mit ihnen Lärm, Müll, Urin, Verkehr und Abgase nochmals erheblich zunehmen. Da verwundert es nicht, dass sich breiter und massiver Protest der AnwohnerInnen auf der bislang einzigen öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema am 13. April 2010 entlud und die Veranstaltung in Tumulten recht schnell endete.

Während die Bezirkskoalition scheinbar unbeeindruckt ihr »kooperatives Gutachterverfahren« durchzog, hielten die Proteste unvermindert an, bis heute. Von diesem Verfahren blieben die betroffenen AnwohnerInnen weitgehend ausgeschlossen, weil die TeilnehmerInnenzahl an den Workshops eng begrenzt und persönliche Anmeldungen erforderlich waren. Eine solche Beteiligungsverhinderung ging Hand in Hand mit dem Treiben des Staatsschutzes, von dem aufgrund einer Anfrage der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE bekannt wurde, dass er die AnwohnerInneninitiative »die leute:real« überwacht.

Nachdem es in dem Gutachterverfahren nicht ermöglicht wurde, die von vornherein gesetzte, aber höchst umstrittene Konzerthalle zu diskutieren, und sich die AnwohnerInneninitiative einer Kriminalisierung ausgesetzt sah, war die Kluft zwischen der einst in den angrenzenden Vierteln verwurzelten

Markus Schneider-Johnen ist Mitglied der Stadtteilgruppe der LINKEN St. Pauli.

GAL und der Bevölkerung immer größer geworden. Dass hier Handlungsbedarf für die Grünen bestand, war also offensichtlich. Und so war es auch die GAL, die einen Vorstoß unternahm und ihren jungen SPD-Koalitionär im Sanierungsbeirat Wohlwillstraße alt aussehen ließ, als sie dort verkündete, dass sie die Vorfestlegung auf eine Music Hall für falsch halte und ein neues ergebnisoffenes Verfahren anstrebe.

So ganz von den bisherigen »Bausteinen« mag die GAL sich jedoch noch nicht trennen – schließlich sind für den Wettbewerb rund 100.000 Euro in den Sand gesetzt worden. Von daher lädt die GAL Hamburg-Mitte nun zu einem »Dialog mit den Bürgern« ein, um die prämierten Architektenentwürfe zumindest ein wenig an die Stimmung in der Bevölkerung anzupassen – oder biblisch geschrieben: um alten Wein in neue Schläuche zu gießen.

Andererseits macht die GAL nach dem Schritt vorwärts, dem öffentlichen Abrücken von der zwanghaften Festlegung auf eine Music Hall, gleich wieder einen Schritt weg von der Bevölkerung, indem sie die Teilnahme an dem »grünen Werkstattgespräch« erneut von einer persönlichen Anmeldung abhängig macht. Begründet die GAL dies in der Einladung mit den beengten Räumlichkeiten, so stellt sich doch die Frage, warum sie unbedingt die Namen und Kontaktdaten der Interessierten erfahren möchte. Übernimmt sie die kriminalisierende Haltung des Staatsschutzes gegenüber den engagierten Music-Hall-GegnerInnen im Viertel? Will sie etwa auch eine Gentrification-Kartei anlegen? Mit einem solchen staatsschutzähnlichen Vorgehen vergrößert die GAL das Misstrauen unter den AnwohnerInnen.

Einen zweiten Schritt weg von den AnwohnerInnen und ihrem Wunsch nach einem öffentlichen, transparenten und demokratischen Planungsprozess für das Areal macht die GAL mit ihrem Antrag an die Bürgerschaft, ein Beteiligungsverfahren nach dem Beispiel des vor einigen Jahren gelaufenen

Workshop-Verfahrens zur Messeerweiterung zu initiieren. Gegen das Messe-Verfahren gab es nämlich weitgehende Einwände: Hier ging es u.a. um Ausgleichsmaßnahmen für den riesigen Messe-Bau und die damit verbundenen Belastung für das Karoviertel.

Soll am Alten Rindermarkt erneut eine Planung gegen die Bevölkerung realisiert und durch vermeintliche »Ausgleichsmaßnahmen« die Bevölkerung befriedet werden? Der Messe-Kontrakt wurde nur von wenigen AnwohnerInnen unterschrieben, die kein Mandat aus dem Viertel und keine repräsentative Funktion hatten. Er wurde nie veröffentlicht, eine Zustimmung der Bevölkerung nie erfragt, geschweige denn eingeholt. Der Kontrakt hat keine Verbindlichkeit, erst recht keine Rechtsverbindlichkeit, sondern stellt nur eine Willenserklärung dar. Zudem sind längst nicht alle Vereinbarungen umgesetzt worden: Das versprochene Parkhaus beispielsweise fehlt bis heute. Die von der GAL gepriesenen Erfolge des Messe-Kontrakts werden unter den AnwohnerInnen größtenteils als Enttäuschung erfahren: Der Karolinenplatz ist eine tote Betonwüste und der Zugang zum Bahnhof Sternschanze seit Jahren ein Provisorium, der nachts so düster ist, dass viele sich nicht trauen, diesen Weg zu nehmen. Ob bzw. wann eine feste Zuwegung realisiert wird, ist nicht absehbar.

Es stellt sich die Frage, ob die GAL ein Verfahren nach dem Vorbild des Messe-Kontrakts bewusst vorschlägt, um durch die Hintertür ihre Vorhaben für das Real-Markt-Gelände doch noch gegen die Bedürfnisse der AnwohnerInnen durchzudrücken. So wie es aussieht, wird auch das neu vorgeschlagene Pseudo-Beteiligungsverfahren auf eine zweite Machbarkeitsstudie hinauslaufen: Sie testen erneut, was sie mit den Menschen im Viertel machen können. Nach den Erfahrungen in den letzten Monaten ist davon auszugehen, dass auch dieser Test für die GAL negativ ausfallen wird.

## Die Große Krise

Gemeinsam mit den Redakteuren der Monatszeitschrift »Sozialismus« Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller und Gerd Siebecke habe ich soeben ein Buch abgeschlossen, das sich mit Ursachen, Auswirkungen und Folgen der Großen Krise – der globalen Finanzkrise und damit zusammenhängend der schweren Überakkumulationskrise – beschäftigt.

In fünf Kapiteln thematisieren wir zentrale Fragen der aktuellen Debatte:

- Fluchtwege aus der Großen Krise
- Systemkrise des Kapitalismus oder schwere Rezession?
- Prekarisierung und Erosion der gesellschaftlichen »Mitte«: Umwälzungen in der Sozial- und Klassenstruktur
- Die Große Krise im Alltagsbewusstsein
- Solidarische Ökonomie des Überflusses: Übergangsforderungen und grundsätzliche Alternativen

Das Buch hat einen Umfang von 176 Seiten und kostet 14.80 EUR. Es ist ab Ende November im Buchhandel oder direkt beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg-St. Georg oder unter [www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de) zu haben.



## Geteilter Raum – gemeinsame Straße?



Straßenfest auf der langen Reihe

Auf der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Bürgerschaft am 12. Oktober wurde das Thema Gemeinschaftsstraßen (ehemals Shared Space = geteilter Raum) verhandelt und die Frage diskutiert, wie der grün-schwarze Senat mit dem Modellvorhaben in Zukunft umgehen will.

Das Modell Shared Space ist vom holländischen Stadtplaner Hans Mondermann entwickelt worden und hat in der niedersächsischen Kleinstadt Bohmte bei Osnabrück zu einem ersten bundesdeutschen Modellprojekt geführt. In Hamburg wird das Konzept seit etwa drei Jahren diskutiert. In den Koalitionsvereinbarungen auf Ebene des Bezirks Hamburg-Mitte aus SPD und GAL sowie des Senats aus CDU und GAL wurde vereinbart, dass im Laufe der Legislaturperiode pro Bezirk eine Shared-Space-Zone geschaffen wird.

Dabei handelt es sich offensichtlich vorrangig um ein Vorzeigeprojekt der grün geführten Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), das SPD und CDU wider alle Koalitionsverträge entweder torpedieren oder – vorsichtig ausgedrückt – nicht gerade engagiert befördern. In der Bezirksversammlung Mitte sprach sich die CDU offiziell gegen Shared Space aus, eine Reihe sozialdemokratischer Bezirksabgeordneter sieht das hinter vorgehaltener Hand ähnlich. Die Bezirksversammlung Harburg hat keine Straße vorgeschlagen, die Bezirksversammlung Wandsbek beschloss am 21. Januar 2010 mit den Stimmen der CDU sogar den kompletten Ausstieg aus dem Vorhaben.

Das Insistieren der GAL Mitte auf der Langen Reihe als der Gemeinschaftsstraße im Bezirk beruht vermutlich darauf, dass sie wenigstens irgendein Projekt als umgesetzt vorweisen möchte. Sie war ihrer Sache so sicher, dass sie keine

andere Straße auch nur in die Prüfung einbezogen hat. Die Lange Reihe als Gemeinschaftsstraße ist für die GAL alternativlos und muss mit Klauen und Zähnen verteidigt werden.

Natürlich ist es positiv zu bewerten, wenn der Autoverkehr zurückgedrängt und durch Temporeduzierung eine Verkehrsberuhigung erreicht wird. Auch dass FußgängerInnen, Rad- und AutofahrerInnen als gleichberechtigte TeilnehmerInnen des Verkehrs anerkannt werden müssen, ist ebenso zu begrüßen wie das Ansinnen, mehr Platz für die zukunftssträchtigen Fahrradstreifen zu schaffen.

Allerdings handelt es sich bei Hamburg nicht um eine Kleinstadt wie Bohmte. Die Verdrängung des Autoverkehrs aus der einen Straße kann deutlich vermehrten Verkehr in anderen Straßen zur Folge haben, sofern sie nicht Bestandteil eines durchdachten Gesamtverkehrskonzepts sind. Letzteres spielt in den Überlegungen der BSU bisher keine Rolle, wie ein Bezirksamtsvertreter während einer Veranstaltung in St. Georg deutlich machte: Auf die Frage, wo denn der aus der Langen Reihe verdrängte Autoverkehr bleiben würde, antwortete er, dass man sich das noch überlegen müsse, aber erst einmal sei ein positiver Beschluss für das Projekt Gemeinschaftsstraße Lange Reihe vonnöten.

Es gibt bisher keinerlei Betrachtungen oder gar Analysen, was entsprechende Veränderungen in der Straße und der näheren Umgebung mittelfristig bewirken würden. Und es wurden auch keine Untersuchungen darüber angestellt, wie sich die Gewerbestruktur (durch erhöhte Ladenmietpreise, das Anwachsen der Gastronomie und des Flanierpublikums) bzw. die Bewohnerzusammensetzung (infolge wachsender Mietpreise und neuer Lärmemissionen) verändern könnte.

Bei den Überlegungen des Senats über die Zukunft des Gemeinschaftsstraßenmodells spielen vor allem folgende Aspekte eine Rolle:

- Es soll nicht mehr das Shared-Space-Konzept, sondern ein bisher nicht klar definiertes Gemeinschaftsstraßen-Projekt umgesetzt werden.
- Durch den Ausstieg der Bezirksversammlung Wandsbek und die fehlende »Zuarbeit« der Bezirksversammlung Harburg ist das ursprüngliche Ziel von sieben auf »zunächst« fünf Straßen in den anderen Bezirken reduziert worden.
- Die Reduzierung der angestrebten Projekte und die Finanzkrise bedingen, dass der Gesamtetat im Jahr 2010 um zwei Mio. Euro reduziert wurde, so dass für 2009/2010 nur noch 5,2 Mio. Euro für fünf Straßen zur Verfügung stehen. Davon ist ein Teil bereits für verschiedene Gutachten, Workshops etc. ausgegeben worden.

Allerdings arbeitet der Senat mit unseriösen Angaben, und zwar in fachlicher, politischer und finanzieller Hinsicht.

Fachlich ist das Projekt bei allen Organisationen umstritten, die mit Menschen mit Behinderungen zu tun haben. Eine »Regelung der Verkehrsbeziehungen durch Augenkontakt« muss Rücksicht auf diesen Teil der Bevölkerung nehmen, was bislang nicht vorgesehen ist. Zudem ist eine Übertragung der Erfahrungen aus Bohmte oder anderen Kleinstädten auf Straßen in Metropolen wie Hamburg kaum möglich. Zu Recht geben z.B. Eltern und LehrerInnen der Heinrich-Wolgast-Schule, die an der Langen Reihe liegt, zu bedenken, wie man Kindern eine 200 m kurze Gemeinschaftsstraße nahe bringen soll, wenn gleichzeitig davor und dahinter um so mehr auf den Verkehr geachtet werden muss.

Politisch betont die BSU zwar beständig, dass ohne aktive BürgerInnenbeteiligung in dem jeweiligen Viertel kein Modellprojekt dieser Art zustande kommen würde. Tatsächlich versucht aber insbesondere die GAL ihre Modellvorhaben mit fragwürdigen Inszenierungen und Manipulationen durchzusetzen (siehe die im letzten BürgerInnenbrief erwähnte Auseinandersetzungen in St. Georg).

Wie unseriös die Finanzierung ist, zeigt sich exemplarisch im Hauptbahnhofsviertel. Das Papier »Lange Reihe« vom 25.1.2010, mit dem der Bezirk Mitte der BSU seinen Vorschlag unterbreitete, bezifferte die Baukosten für die Umgestaltung alleine des 200 m langen »Kernbereichs« dieser Straße (etwa auf der Höhe des Carl-von-Ossietzky-Platzes) bereits mit 1,3 Mio. Euro. Die beiden »Anschlussbereiche« 120 bzw. 140 m zur Baumeister- und zur Schmilinskystraße hin wurden mit weiteren 0,7 Mio. Euro veranschlagt. Dazu kommen nach Bezirksamtangaben für das »Beteiligungsverfahren« weitere 0,2 Mio. Euro. Es geht also um insgesamt 2,2 Mio. Euro alleine für eine Straße! Die in einem »späteren Bauabschnitt« zu realisierenden »Anschlussbereiche« sollen »mit Hilfe von Haushaltsmitteln, z.B. aus dem Titel Grundinstandsetzung für Straßen, umgesetzt werden«. Dabei handelt es sich um den bereits äußerst belasteten Etat, aus dem die Beseitigung der Straßenschäden nach dem letzten Winter mehr schlecht als recht bezahlt werden sollte. Gleichwohl hält der Senat in seinen »neuen« Überlegungen daran fest, dass der gesamte Bereich

zwischen der Schmilinsky- und der Baumeisterstraße (also über 460 m) umgebaut werden soll. Das ist so oder so gelogen: Entweder wird der Etat aufgestockt (was sich niemand trauen würde), oder aber der Umbau wird auf 200 m beschränkt, wofür dann immer noch 1,3 Mio. Euro plus Beteiligungskosten nötig wären (was niemand eingestehen möchte).

Dieser Umgang mit dem Thema Verkehrsberuhigung und Gemeinschaftsstraße ist nicht alternativlos:

- BürgerInnenbeteiligung muss ernst genommen werden – das »Durchziehen«, wie es die GAL teilweise vorexerziert, schadet der Sache.
- Einzelne Maßnahmen könnten sofort, flächendeckend und mit erheblich weniger Geld umgesetzt werden, insbesondere »Tempo 30«.
- Alle Eingriffe in den Verkehr müssen eingebettet sein in ein Gesamtverkehrskonzept.
- Zu diesem gehört die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs ohne erneute Erhöhung der HVV-Tarife zum 1. Januar 2011 und mittelfristig mit einer Absenkung der Fahrpreise bis zum Nulltarif.
- Die Sanierung der Fahrradwege und die Schaffung von deutlich mehr Fahrradstreifen ist überfällig.
- Es müsste eine Ampelschaltung geführt werden, die die Interessen der FußgängerInnen in Innenstadtbereichen starker berücksichtigt, und es muss konsequent gegen das Zustellen von Gehwegen durch parkende Autos und überbordende Außengastronomie vorgegangen werden.

Die durchaus positiven Aspekte des Gemeinschaftsstraßen-Konzepts dürfen nicht auf die Verkehrspolitik beschränkt bleiben. Es müssen auch die Auswirkungen auf die sozialen Strukturen beachtet werden. Sonst läuft es wie mit der energetischen Wärmedämmung: Alle wollen sie, aber in der von Bundes- und ggf. auch Landesregierung vorgesehenen Weise kann sie kaum jemand bezahlen (was zu Aufwertung und Verdrängung führt und nur den GutverdienerInnen nutzt).

Wie aber geht es nun konkret weiter? Laut den Informationen aus dem Stadtentwicklungsausschuss können die am Vorhaben Gemeinschaftsstraße beteiligten Bezirke mit den 5,2 Millionen Euro wirtschaften, die bisher nicht verbrauchten Haushaltsmittel für Planungen, Workshops usw. werden auf den Doppelhaushalt 2011/2012 übertragen. Zusätzlich soll die BSU pro Jahr je eine Million eingestellt haben, über die die Bürgerschaft zum Ende der Haushaltsdebatte im April 2011 abstimmen wird.

Die Gemeinschaftsstraßenprojekte sollen sich nach einem Gutachten richten, das die BSU in Auftrag gegeben hatte. Es gibt Handlungsspielräume, aber es ist mitnichten so, dass über eine BürgerInnenbeteiligung eine Straße quasi nach Gutdünken gestaltet werden könnte. Die in einer Diskussion am 28. Oktober über die Lange Reihe verbreitete Auffassung, es gäbe noch zusätzliche Mittel von der Europäischen Union, ist laut Auskunft von Staatsrat Winters (GAL) eine reine Mär. Unterstellt, dass der Haushalt von der Bürgerschaft im April 2011 verabschiedet wird, kann im Bezirk Mitte ein Umbau der Langen Reihe im Rahmen des vorliegenden Gutachtens eingeleitet werden.

## Breitensport statt Sportstättensteuer!



Ohne Mittel für den Breitensport auch kein Spaß und kein Spiel!

Vor weit mehr als einem Jahr wurde Professor Christian Wopp vom Senat damit beauftragt, eine umfassende »Sportentwicklungsplanung« für die Freie und Hansestadt Hamburg zu entwerfen. Am 5. November stellte der Osnabrücker Sportexperte seine vorläufigen Ergebnisse vor. Darin zeichnen sich bereits die Empfehlungen ab, die bis Ende 2010 in einem mindestens 200.000 Euro kostenden Gutachten zusammengefasst werden sollen.

Zugestimmt werden kann dem Hinweis, dass Sport als »ein gezieltes Mittel zur Vermeidung von Übergewicht und motorischen Problemen im Kindesalter« gefördert werden muss. Auch die Feststellung, dass es in Hamburg »sehr viele Kinder (gibt), die vom Sport aufgrund ihrer sozialen Situation ausgeschlossen sind«, trifft eines der Kernprobleme.

Fragwürdig ist der nicht gerade neue Ansatz, Hamburg zur »Spitzensportmetropole« profilieren zu wollen. Dies würde bedeuten, einen wachsenden Anteil der eh zu geringen Mittel in den Leistungs- und Eventsport zu stecken und damit den Breitensport und die überfällige Renovierung der in größeren Teilen maroden Sportstätten weiterhin zu vernachlässigen. Insofern ist das von Wopp formulierte entsprechende »operative Ziel« angesichts der vorliegenden Berechnungen, dass allein der Gesamtanierungsbedarf für die Schulen (einschließlich der Schulsportstätten) rund drei Milliarden Euro beträgt, eine falsche Prioritätensetzung. Diese Weichenstellung spie-

gelt sich auch im aktuellen Stellenschlüssel des Sportamtes wider, das zwar eine Stelle für den Breitensport vorsieht, aber insgesamt drei Stellen für den Leistungssport und den Eventsport bzw. Großveranstaltungen, wie der Senat als Antwort auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt hat.

Völlig inakzeptabel ist die von Professor Wopp vorgeschlagene »Einführung von Sportanlagennutzungsgebühren, die ausschließlich zur Sanierung und Modernisierung der Sportanlagen verwendet werden« sollen, ebenso wie die immer wieder ins Gespräch gebrachte Idee, die Nutzung von städtischen Hallen und Plätzen zukünftig mit einer Sportstättensteuer zu belegen. Damit würden de facto die bisherigen Grundprinzipien des hamburgischen Sports auf den Kopf gestellt. Eine Sportstättensteuer würde die Kosten für die Vereine und die Beiträge ihrer Mitglieder weiter erhöhen, was wiederum die Folge hätte, dass u.a. die angesprochenen benachteiligten Kinder gänzlich vom Sporttreiben ausgeschlossen würden. Die kostenfreie Nutzung von Sportstätten, die Herrichtung und Pflege als Aufgabe der staatlichen Grundversorgung darf nicht in Frage gestellt werden.

Die öffentliche Auswertung und Diskussion des Sportentwicklungsplanes und der darin enthaltenen Vorschläge von Professor Wopp steht noch aus. Sollte der Senat – was zu befürchten ist –, mit Verweis auf die »wissenschaftliche Untersuchung« (deren Methoden und Ergebnisse durchaus umstrit-

ten sind) voreilige Konsequenzen ziehen, die dem Hamburger Sport keineswegs nutzen, wird sich DIE LINKE dem entgegenstellen.

Um deutlich zu machen, um was es vor Ort geht, verweise ich auf die Auseinandersetzung um eine Sportanlage in Wilhelmsburg. Sie liegt an der Fährstraße, hat eine Fläche von 20.000 Quadratmetern und umfasst ein »Ascheplatz«-Spielfeld (7.245 Quadratmeter), ein Umkleidehaus sowie eine Garage. Der Platz wurde zum 1. Oktober geschlossen, die dreiviertel Platzwartstelle auf andere Sportstätten verlagert. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage machte der Senat geltend, der Platz sei nur zu 25% ausgelastet und lediglich von den Vereinen »Juventude do Minho 1987 e.V.« und dem »1. FFC Elbinsel Hamburg-Wilhelmsburg von 2006 e.V.« frequentiert. Recherchen der LINKEN vor Ort hatten allerdings ergeben, dass der Platz zuletzt durchgängig von Montag bis Freitag durch die beiden Vereine sowie zusätzlich durch den »FC Zaza« und durch den Punktspielbetrieb am Wochenende »ausgelastet« war. Das zuständige Sportamt des Bezirks Hamburg Mitte hatte die betroffenen Vereine über die Schließung nicht vernünftig informiert. Insofern gibt es bei denen großen Unmut, allerdings nicht nur wegen der mangelnden Kommunikation. »Ersatzzeiten« wurden den beiden erstgenannten Vereinen auf Plätzen zugewiesen, die vor allem in den Abendstunden gar nicht genug freie Kapazitäten haben, anderen Teams wurden bisher überhaupt keine alternativen Trainingszeiten angeboten. Die Vereine haben protestiert und DIE LINKE Wilhelmsburg bemüht sich darum, den Sportplatz Fährstraße wieder herzurichten und einen drohenden Verkauf des Geländes zu verhindern.

Es heißt vonseiten des Senats immer wieder, es müsse gespart werden. Mit Blick auf den Sport in Wilhelmsburg zum Beispiel geht es um die Frage, wofür das durchaus vorhan-

dene Geld ausgegeben wird. In der Antwort auf die erwähnte Kleine Anfrage teilt der Senat mit, dass für die teilweise auch erneuerungsbedürftigen 29 Sportanlagen in Wilhelmsburg 2009 und 2010 gleichbleibend 866.000 Euro investiert wurden. Auf meine Frage, wie viele Mittel bisher bereits in welche sportbezogenen Vorhaben der Internationalen Bau-Ausstellung und ggfs. der internationalen Gartenschau geflossen sind und wie viele Mittel bis 2013 absehbar noch fließen sollen, antwortete der Senat höchst ausweichend. Angeführt wurden folgende Projekte: »Neubau Schwimmbad, Private Sporthalle, Freizeit-Rundkurs, »Welt der Bewegung« im Igs-Park, Private Kletterhalle, Sprach- und Bewegungszentrum, Kanukanal«. Das eine oder andere Angebot mag den WilhelmsburgerInnen evtl. ja sogar zugute kommen, bei anderen vermutlich nicht ganz billigen Vorhaben ist dies sicher nicht der Fall. Weder bezifferte der Senat die Kosten für diese Vorzeigeprojekte, noch konnte oder wollte er eine Antwort auf meine Frage geben, »wie hoch das Defizit zur Unterhaltung, Pflege und ggf. zum Neubau von notwendigen Sportstätten in Wilhelmsburg gegenwärtig wird«. Es lägen »keine Berechnungen vor«, heißt es lapidar.

Es werden Millionen für Events und Großprojekte ausgegeben, aber über die Sanierungsbedürftigkeit vorhandener Wilhelmsburger Anlagen kann keine vernünftige Auskunft erteilt werden. Anstelle teure Gutachten zur Sportentwicklung zu vergeben, in denen neuen öffentlichkeitswirksamen »Aushängeschildern« das Wort geredet wird, sollte der Senat endlich erst einmal seine Hausaufgaben machen und die teilweise extrem reparaturbedürftigen Sportstätten, Schulen, Straßen wieder herrichten. Bleibt es bei den bisherigen bzw. sich im Sportentwicklungsplan abzeichnenden sportpolitischen Akzenten, ist das kein gutes Zeichen für den so dringend notwendigen Breitensport der Stadt.

## Wohnungsnot im Fokus?



Wohnen in Mümmelemburg

Als im November 2008 die Broschüre »Mehr, bessere und preiswerte Wohnungen! Eckpunkte einer sozialen Wohnungspolitik für Hamburg« erschien, wurde dies nicht unbedingt

als zentrales Thema betrachtet. Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem zu diesem Thema nicht dramatische Daten und Details veröffentlicht werden, kontroverse Veranstaltungen



gen und mehr und mehr Aktionen stattfinden. Es bestreitet in dieser Stadt niemand mehr, dass es »ein Wohnungsproblem« gibt. Die einen sprechen von »Engpässen« (Hans-Detlef Roock, CDU-Fraktionsvize in der Bürgerschaft), die anderen vom Wohnungs»mangel« (Michael Sachs, SPD, Wohnungsbaukoordinator des Senats) – im Gegensatz zu den Mietervereinen, dem Netzwerk Recht auf Stadt, das kürzlich 7.000 Menschen für eine Demonstration gegen den (Büro-) Leerstand in Hamburg mobilisieren konnte, und der LINKEN, die allesamt eine massive Wohnungsnot sehen.

Die Indikatoren dafür, dass sogar diese Bezeichnung eher noch untertrieben ist, sind vielfältig. Ganz besonders betroffen sind diejenigen Menschen, die niedrige Einkommen haben und damit auf dem so genannten Wohnungsmarkt kaum noch bezahlbare Angebote finden. Die Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte, die Krankenstube, Notschlafplätze – alle Einrichtungen sind seit längerem überfüllt. Im Wohnungssicherungsamt allein des Bezirks Mitte werden seit Jahresbeginn zu jeder Öffnungszeit (zwei Mal pro Woche je vier Stunden) im Durchschnitt mindestens acht Haushalte abgewiesen, d.h., sie bleiben alternativlos auf der Straße, für sie gibt es oft nicht einmal ein Notbett.

Im ersten Halbjahr 2010 erhielten 2.857 Personen bzw. 939 Haushalte einen »Dringlichkeitsschein«. Doch nur 33% dieser »vordringlich Wohnungssuchenden« hatten die Chance, eine der rar gewordenen Sozialwohnungen zu bekommen. Für den Rest hatte der Senat die zynische Formulierung übrig, dieser Personenkreis könne sich ja schließlich auch »im ungebundenen Wohnungsbestand versorgen« (Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ksenija Bekeris, SPD). Tatsächlich handelt es sich bei der »Versorgungsquote« in Sachen Wohnberechtigungsscheine um die schlechtesten Werte seit Jahrzehnten.

Ursächlich für diese Entwicklung ist der seit Jahren anhaltende Mangel an neu errichteten Wohnungen. Dank der »Wohnungspolitik« des CDU-Senats seit 2001 und auch der grün-schwarzen Landesregierung seit 2008 fehlen in der Stadt mindestens 30.000 Wohnungen – mittlerweile auch für Menschen mit »normalem« Gehalt. Wurden beispielsweise 1995 noch 9.750 Wohnungen neu gebaut, ist dieser Wert bis 2007 auf 3.173 abgesunken und macht auch zwei Jahre später mit 3.587 Wohnungen weniger als die Hälfte dessen aus, was in Hamburg an Neubaukapazitäten nötig wäre. Hamburg ist »eine wachsende Stadt«, allerdings weniger im Sinne des gleichnamigen CDU-Konzepts bzw. das der GAL (»mit Weit-sicht«) mit Blick auf Wirtschaft und steigende Profite, sondern vor allem hinsichtlich des realen Zuwachses an BewohnerInnen (7.000 bis 8.000 BürgerInnen pro Jahr).

Dieser immer größer werdende Mangel an Wohnungen trifft vor allem diejenigen am härtesten, die Hartz IV beziehen, arbeitslos sind, einen Billigjob verrichten, einen Leiharbeitervertrag haben, alleinerziehend sind, mit einem Handicap leben, keinen deutsch klingenden Namen haben, gerade aus dem Knast entlassen oder zuhause rausgefliegen sind...

Obwohl die Hälfte der hamburgischen Bevölkerung die Voraussetzungen für einen Paragraph-5-Schein erfüllt, geht

der Anteil von noch halbwegs erschwinglichen öffentlich geförderten Wohnungen stetig zurück. Es werden kaum neue Sozialwohnungen gebaut, und die Belegungs- und Mietpreisbindungen laufen im Normalfall bereits 15 Jahre nach Errichtung des betreffenden Gebäudes aus. Gab es Mitte der 1970er Jahre noch rund 400.000 Sozialwohnungen in der Stadt, waren es bis Ende 2000 noch knapp 157.000, Ende 2009 gar nur mehr 106.000. Hält diese Entwicklung an, so die Statistiker, werden wir im Jahre 2020 nur noch über 60.000 Sozialwohnungen verfügen.

Wo die Menschen bleiben sollen, die sich keine hohen Nettokaltmieten erlauben können, diese Frage lässt der Senat unbeantwortet. Er bedauert zwar, dass der Sozialwohnungsbestand weiter abnehmen würde, nutzt aber seine Möglichkeit, durch entsprechende Flächenbereitstellung und Mittelzuweisung insbesondere die SAGA GWG, die Genossenschaften und Wohnprojekte zum massiv verstärkten Wohnungsneubau anzuhalten, nicht. Grün-schwarzer Fatalismus und mangelhafte wohnungspolitische Konsequenzen bescheren der Hamburger Bevölkerung ein Problem, das sich in den nächsten Jahren erst richtig auszuwirken beginnt: »Saga stellt 2010 keine einzige Wohnung fertig«, titelte die »Welt« am 11. November 2010.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) könnte ganz anders agieren, wenn sie denn wollte. Doch sie will nur in Maßen. So kommentierte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der GAL-Bürgerschaftsfraktion, der »private Hausverwalter und Vermieter« (so das Parlamentshandbuch) Horst Becker, die anhaltende Debatte um die Wohnungsproblematik und ein entsprechendes SPD-Statement mit den Worten, »die Sozialdemokraten versuchen in unverantwortlicher Weise, Angst vor einer angeblichen Wohnungsnot zu schüren« (Presseerklärung der GAL-Bürgerschaftsfraktion vom 11.11.2010).

Die Wohnungsfrage ist für Hamburg eine der zentralen Herausforderungen. Es ist ein Drama, dass der Senat, aber auch sein Wohnungsbaukoordinator die Augen vor der grassierenden Wohnungsnot verschließt. Das Problem ist nicht zu leugnen und das Versagen der Wohnungspolitik und damit des Hamburger Senats ist offensichtlich. Wir brauchen endlich eine gesamtstädtische Initiative, die alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteure einbezieht, um in den nächsten Jahren den Neubau von 30.000 bis 40.000 Sozialwohnungen in Angriff zu nehmen.

Die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE wird am 18.11. eine von Antje Schellner, Michael Joho und mir verfasste Analyse vorstellen und zehn notwendige Forderungen begründen. »Wir regen eine parteien-, ja stadtübergreifende Kraftanstrengung an, unter Einbeziehung aller zivilgesellschaftlichen Gruppen und Akteure der Wohnungspolitik, insbesondere dem Neubau von Sozialwohnungen, in den nächsten Jahren Vorrang einzuräumen. DIE LINKE ist bereit, sich an dem dafür notwendigen Diskurs intensiv zu beteiligen.« Das Material ist nach dem 18.11. auf der Fraktions-Website zu finden ([www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)).

## Kulturtipp: Marc Chagalls »Lebenslinien«



Marc Chagall, Über Witebsk

Unter dem Titel »Lebenslinien« wird im Bucerius Kunst Forum (Rathausmarkt 2) noch bis zum 16. Januar 2011 eine Marc-Chagall-Ausstellung gezeigt. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis des russisch-französischen Malers (1887-1985) zu seiner Frau Bella, das sich in etlichen Gemälden niedergeschlagen hat. Im Ausstellungstext heißt es: »Den Ausgangspunkt bilden Chagalls Illustrationen zu seinem Erinnerungsbuch »Mein Leben« und zu den von Bella verfassten Büchern »Erste Begegnung« und »Brennende Lichter«. Die darin festgehaltenen Erinnerungen an die Kindheit und Jugend im Shtetl Witebsk liefern einen Bilderschatz, der in vielfältigen Vari-

ationen in seiner Malerei erscheint und noch für das späte Werk von Bedeutung bleibt. Ein besonderer Fokus liegt auf Chagalls Beschäftigung mit der Rolle des Künstlers und auf seinem künstlerischen Selbstverständnis. Gezeigt wird auch seine Auseinandersetzung mit dem Holocaust, ein sehr persönliches Thema für Chagall, der aus einer jüdischen Familie kam.«

Das Publikumsinteresse an der Ausstellung ist groß. Wer sie ohne Wartezeit besuchen will, kann gegenüber dem regulären Eintrittspreis von 8 Euro (ermäßigt 5 Euro) noch zusätzlich 2 Euro für ein »Expressticket« locker machen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**